

1 **Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
2 **Neujahrsklausur, Weimar, 09.-11.01.2013**  
3 **Stand 08.01.13**

4  
5 **Die Energiewende weiterdenken**

6  
7 **1. Die Energiewende braucht einen Politikwechsel**

8 Die Energiewende tritt in eine entscheidende Phase ein. Angetrieben durch das rot-grüne  
9 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sind die erneuerbaren Energien schneller  
10 vorangekommen als selbst wir es erwartet hatten. Wind, Sonnenenergie und Biomasse,  
11 Wasserkraft und Geothermie sichern heute schon fast 25% der Stromversorgung, rund  
12 viermal soviel wie noch vor gut zehn Jahren. Dank des Wachstums der erneuerbaren  
13 Energien konnte nach Fukushima die Hälfte der deutschen Atomkraftwerke ohne Probleme  
14 für die Versorgungssicherheit stillgelegt werden. Insbesondere in wind- und sonnenreichen  
15 Zeiten werden konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke immer weniger gebraucht. Wenn  
16 die Politik den erneuerbaren Energien keine Steine in den Weg legt, kann sich der Anteil des  
17 Ökostroms bis 2020 noch einmal verdoppeln.

18 Damit stehen wir vor der Aufgabe, die Energiewende auf eine neue Ebene zu heben. Der  
19 Ausbau der erneuerbaren Energien, gepaart mit Energieeinsparung und verbesserter  
20 Energieeffizienz, bleibt der Motor der Veränderung. Doch mit diesem Ausbau allein ist es  
21 nicht mehr getan. Wind- und Sonnenenergie als Säulen der Energieversorgung der Zukunft  
22 erfordern eine grundlegende **Neuausrichtung unseres Energiesystems**. Der bestehende  
23 Strommarkt ist für die Vergütung von Wind und Sonnenstrom gänzlich ungeeignet und  
24 bietet schon heute keine hinreichenden Anreize zur Schaffung benötigter Erzeugung-  
25 kapazitäten mehr. Er muss durch neue Marktstrukturen ergänzt werden, die Beiträge zu  
26 Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Netzstabilität belohnen. Stromnetze, Kraftwerke  
27 und Stromnachfrage müssen an die volatile Stromeinspeisung angepasst, neue  
28 Speichertechnologien erforscht und eingesetzt werden.

29 Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die erhebliche Investitionen in  
30 neue Stromerzeugungsanlagen, Netze und Speicher sowie Effizienzmaßnahmen erfordert.  
31 Ihr Erfolg hängt maßgeblich von einer **fairen Verteilung von Kosten und Nutzen** auf  
32 Wirtschaft und Privathaushalten ab, denn nur so ist die Akzeptanz dauerhaft zu sichern. Die  
33 von Schwarz-Gelb verursachte soziale Schieflage der Kosten muss dringend korrigiert,  
34 Privilegien der Industrie wieder auf Härtefälle zurückgeführt und einkommensschwache  
35 Haushalte unterstützt werden, damit Strom für sie bezahlbar bleibt.

36 Auch eine bessere Koordinierung der Energiepolitik von Bund und Ländern ist unverzichtbar.  
37 Doch muss es dabei um die gemeinsame Umsetzung ehrgeiziger Ziele gehen, nicht, wie von  
38 der Bundesregierung betrieben, um die Verlangsamung und Deckelung des Ausbaus der  
39 erneuerbaren Energien in den Ländern.

40 Wir Grüne packen diese Herausforderungen an. Dabei wissen wir, dass die neuen Aufgaben  
41 neue Antworten erfordern. Nicht nur das Energiesystem, auch das politische Denken muss  
42 flexibler werden. Deshalb wollen wir das EEG weiterentwickeln und neue Marktstrukturen  
43 aufbauen, in denen die Erneuerbaren zunehmend ohne Förderung ihren Platz finden.  
44 Deshalb lassen wir bei unserer Forderung nach höchsten Effizienzstandards für  
45 Gaskraftwerke Ausnahmen zu für Reserveanlagen, die nur wenige Hundert Stunden im Jahr  
46 zum Einsatz kommen. Und deshalb akzeptieren wir, dass es sinnvoller sein kann bei heftigem  
47 Wind einige Windräder abzuregeln statt die Stromnetze unter hohen Kosten für  
48 Extremsituationen aufzurüsten.

49 Dem Erfolg der Energiewende steht eine zerstrittene Bundesregierung im Weg, deren Politik  
50 zwischen Kleinmut, Treibenlassen und gezielter Sabotage der Energiewende hin und her  
51 schwankt. Der Ausstieg aus der Atomkraft wurde der Regierung Merkel aufgezwungen. Der  
52 Ausbau der erneuerbaren Energien lief dank EEG ganz ohne ihr Zutun ab. Alles andere ist in  
53 über drei Jahren schwarz-gelber Regierungszeit kaum vorangekommen. In zentralen  
54 Bereichen hat die Bundesregierung aktiv gebremst und blockiert: Bei der Energieeffizienz  
55 und bei den Anhebung der EU-Klimaziele, bei der Gebäudesanierung und bei der Reform des  
56 Emissionshandels. Und nun missbrauchen Teile der Koalition auch noch die durch ihre  
57 eigene Politik in die Höhe getriebenen Strompreise, um Stimmung gegen den Ausbau der  
58 erneuerbaren Energien zu machen. So wird das nichts mit der Energiewende.

59 Die massive Kampagne gegen das EEG ist Ausdruck eines Machtkampfes um die Zukunft der  
60 Energieversorgung. Der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien bedeutet **Energie in**  
61 **Bürgerhand**. Über 1 Million Haushalte erzeugen heute schon einen Teil ihres Stromes selbst,  
62 Energiegenossenschaften florieren, immer mehr Stadtwerke nehmen die örtlichen  
63 Stromnetze wieder in die eigene Hand. Das Oligopol von RWE, E.ON und Co. bröckelt,  
64 Kohlekraftwerke rentieren sich immer weniger. In der aktuellen Preisdebatte sehen manche  
65 Vertreter der alten Energiewirtschaft ihre letzte Chance, die Energiewende doch noch  
66 aufzuhalten. Damit werden sie bei uns auf entschiedenen Widerstand stoßen!

67 Die Energiewende ist ein zentrales Zukunftsprojekt für unser Land. Sie braucht einen klaren  
68 Kompass – wir stellen den Klimaschutz, neben der Sicherheit und der Bezahlbarkeit der  
69 Energieversorgung wieder ins Zentrum der Energiepolitik. Von ihrem Gelingen hängt viel ab:  
70 Eine sichere und klimaverträgliche Energieversorgung ohne die unbeherrschbaren Risiken  
71 der Atomkraft. Bezahlbare Energiepreise trotz weltweit steigender Energienachfrage und  
72 schwindender Öl- und Gasvorräte. Die Stärkung innovativer Industrien und hunderttausende  
73 Arbeitsplätze allein im Bereich der erneuerbaren Energien. Gelingt die Energiewende in  
74 Deutschland, wird sie ein gutes Beispiel für andere Länder sein, konsequent den Weg von  
75 Kohle und Atom hin zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz zu gehen.  
76 Schon heute kaufen zahlreiche Verbraucher in den Nachbarstaaten den preiswerten Strom  
77 aus Deutschland. So erreichte Deutschland im Jahr 2012 mit einem Netto-Export von 23  
78 Mrd. Kilowattstunden einen neuen Rekordwert.

79 Wir wollen auch andere Länder darin unterstützen, zur weltweiten Energiewende  
80 beizutragen. Der Zugang zu bezahlbaren erneuerbaren Energien ist eine unerlässliche  
81 Voraussetzung für Wohlstand und den Kampf gegen Energiearmut.

82 Die Energiewende kann eine weltweit bewunderte Erfolgsgeschichte werden. Doch dazu  
83 braucht es einen Wechsel in der Energiepolitik. Wir Grüne stehen dafür mit Leidenschaft,  
84 guten Ideen und durchgerechneten Konzepten bereit.

## 85 **2. Die neue Grundlast: 100% Erneuerbare Energien**

86 Die Energieversorgung der Zukunft beruht auf einem breiten Mix verschiedener erneuerbare  
87 Energien. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis  
88 2020 verdoppeln. 2030 wollen wir den Komplettumstieg auf 100% Erneuerbare geschafft  
89 haben. Dabei werden **Windkraft und Solarenergie im Mittelpunkt** stehen. Denn sie  
90 verbinden ein großes Ausbaupotential mit heute schon günstigen Kosten (bei der Windkraft  
91 an Land) beziehungsweise erheblichen und zum Teil schon erschlossenen  
92 Kostensenkungsspielräumen (bei Photovoltaik und Offshore-Windenergie). Hingegen sehen  
93 wir bei Wasserkraft und Biomasse unter Beachtung von Naturschutz und vorrangigen  
94 Nutzungsinteressen nur begrenzte Ausbaumöglichkeiten. Beide sollten primär dazu dienen,  
95 die schwankende Stromproduktion aus Wind und Sonne auszugleichen. Um die  
96 „Vermaisung“ der Landschaft einzudämmen, wollen wir die Förderung von Strom aus  
97 Biomasse an den Einsatz unterschiedlicher Energiepflanzen knüpfen.

98 Das rot-grüne EEG hat den Ausbau der erneuerbaren Energien zu einem Projekt der  
99 Bürgerinnen und Bürger gemacht, nicht der Konzerne. Der Boom der Erneuerbaren wurde zu  
100 90% von Privatleuten und Stadtwerken getragen. Weniger als 10% gehen auf RWE, E.ON und  
101 Co. zurück, deren Herrschaft über den Strommarkt bröckelt. Und die Bereitschaft der  
102 Bürgerinnen und Bürger mitzumachen ist ungebrochen: Überall entstehen Bürgerwindparks  
103 und Bürgersolaranlagen. Kommunen nehmen die örtlichen Stromnetze wieder in die eigene  
104 Hand. Die Zahl der Energiegenossenschaften hat sich in drei Jahren vervierfacht.

105 Wir Grüne werden diese **Energiewende von unten** auf allen Ebenen weiter unterstützen.  
106 Auch deshalb wehren wir uns gegen die Pläne von FDP-Wirtschaftsminister Rösler und CDU-  
107 Energiekommissar Oettinger, das EEG durch ein Quotenmodell zu ersetzen, das die  
108 erneuerbaren Energien wieder allein den Großkonzernen in die Hand geben würde. Denn  
109 ohne Vorrang der erneuerbaren Energien im Netz und ohne langfristig garantierte  
110 Einspeisevergütungen wären die Investitionsrisiken für Kleininvestoren zu groß. Die  
111 Finanzierung von Bürgergesellschaftsanlagen muss aber auch vor Angriffen von anderer  
112 Seite geschützt werden. Deshalb setzen wir uns auch auf europäischer Ebene dafür ein, dass  
113 die erfolgreiche Nutzung von Bürgerkapital weiterhin ermöglicht wird.

114 Wir wollen das **EEG weiterentwickeln**, es für neue Aufgaben fit machen und von unnötigen  
115 Kosten befreien und in den erfolgreichen Kernelementen erhalten. Dabei verfolgen wir einen  
116 3-Stufen-Plan: Zunächst wollen wir das EEG von kostentreibenden Sonderregelungen

117 befreien und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen. Zweitens wollen  
118 wir die Stellschrauben im EEG neu justieren, um den Ausbau erneuerbarer Energien  
119 kosteneffizient voranzubringen. Schließlich wollen wir den Strommarkt so verändern, dass  
120 immer mehr erneuerbare Energien darin auch ohne Förderung ihren Platz finden. Dazu  
121 müssen kurzfristig die Bedingungen für die Direktvermarktung von Wind- und Sonnenstrom  
122 verbessert und der Regulenergiemarkt für erneuerbare Energien geöffnet werden.

123 Auf mittlere Sicht brauchen wir ein **neues Strommarktdesign**. Denn an der Strombörse  
124 können sich Windräder und Solaranlagen nicht finanzieren. Dort wird der Strompreis durch  
125 die Betriebskosten des teuersten laufenden Kraftwerks bestimmt. Bei Wind- und  
126 Sonnenenergie, die keine Brennstoffe brauchen, liegen diese Kosten nahe Null. In Zeiten mit  
127 viel Wind- oder Sonnenstrom sinken die Börsenpreise daher drastisch - Photovoltaik und  
128 Wind machen sich ihre eigenen Preise kaputt. Deshalb sind alle Versuche, Wind und  
129 Sonnenstrom in den bestehenden Strommarkt zu integrieren, letztlich zum Scheitern  
130 verurteilt. Für die Erneuerbaren Energien braucht es ein neues Marktdesign mit einem  
131 anderen Mechanismus der Preisfindung. Klimaschutz, Flexibilität und Versorgungssicherheit  
132 sollten über den neuen Markt honoriert werden. Die Diskussion um die Struktur eines  
133 solchen neuen Marktdesigns werden wir Grüne weiter vorantreiben, mit dem Ziel, den  
134 Strommarkt auf eine neue Grundlage zu stellen.

135 Bei der **Wärme** verläuft das Wachstum der erneuerbaren Energien weit weniger dynamisch  
136 als im Stromsektor. Unser grünes Ziel, den Anteil der Wärme aus erneuerbaren Energien von  
137 heute gut 10% auf 25% im Jahr 2020 zu steigern, ist deshalb unbestreitbar ambitioniert. Um  
138 es zu erreichen, wollen wir die im Erneuerbare-Energien-Wärmegegesetz verankerte  
139 Nutzungspflicht für erneuerbare Energien auf Bestandsgebäude ausweiten und die  
140 Förderung von Solarkollektoren und Erdwärme verstetigen. Daneben wollen wir  
141 überschüssigen Strom aus der fluktuierenden Windenergie in den Nahwärmenetzen nutzen  
142 anstatt Windräder abzuschalten. 100% erneuerbare Energien sind im Wärmebereich ein  
143 Fernziel, das wir für 2040 anstreben.

### 144 **3. Unterstützende Infrastruktur: Netze, Speicher, Reservekapazitäten**

145 Zentrale Herausforderung des neuen, auf Wind und Sonne basierenden Stromsystems wird  
146 die Synchronisation von Erzeugung und Nachfrage sein. Die Stromerzeugung wird nicht mehr  
147 nur entsprechend der Nachfrage, sondern je nach Wetter schwanken. Es braucht daher  
148 ergänzend zu Wind- und Solarstrom auch ein Backup-System aus Kraftwerken,  
149 Lastmanagementsystemen und Speichern, um die Stromnachfrage zu jedem Zeitpunkt  
150 decken zu können. Und es braucht einer europäischen Zusammenarbeit, bei der  
151 grenzüberschreitend gedacht und gehandelt wird.

152 Die Energiewende ist auf moderne und leistungsfähige **Stromnetze** angewiesen. Deshalb  
153 stehen wir zu einem sinnvollen Netzausbau – auch wenn wir wissen, dass wir damit den  
154 Betroffenen vor Ort teilweise erhebliche Belastungen zumuten. Neue Vorhaben müssen sich  
155 aber an dem tatsächlichen Bedarf der erneuerbaren Energien und klare Prioritäten

156 ausrichten, nicht am „Wünsch-Dir-Was“ der Netzbetreiber. Bevor neue Trassen geplant  
157 werden, müssen zunächst alle Optimierungsmöglichkeiten im bestehenden Netz  
158 ausgeschöpft werden. Darüber hinaus müssen die Bürger frühzeitig und umfassend in die  
159 Planung von Infrastrukturprojekte einbezogen werden.

160 Die Netzplanung muss transparent, naturverträglich und unter frühzeitiger und umfassender  
161 Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Zur Vermeidung lokaler  
162 Konflikte wollen wir Erdverkabelungen erleichtern und ihre Finanzierung über die  
163 Netzentgelte ermöglichen.

164 Um den Aufbau der neuen Hochleistungs-Stromnetze (HGÜ) schnell in Gang zu setzen,  
165 streben wir die Gründung einer Bundesnetzgesellschaft an. Auch bei der Anbindung der  
166 Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee ist ein verstärktes Engagement des Staates  
167 erforderlich, um weitere Verzögerungen zu verhindern. Union und FDP haben beschlossen,  
168 die schon entstandenen Schäden durch eine Umlage auf die Stromverbraucher abzuwälzen.  
169 Ein Großteil der Industrie wird auch hier wieder von den Belastungen ausgenommen. Das ist  
170 ungerecht und wird das Problem nicht lösen. Wir wollen stattdessen, dass der Bund über die  
171 KfW für die Belastungen eintritt und im Gegenzug eine Kapitalbeteiligung an dem  
172 betroffenen Netzbetreiber verlangt. Damit wollen wir uns auf den Weg zur Gründung einer  
173 bundesweiten deutschen Netzgesellschaft machen.

174 Wie Stromnetze tragen auch **Stromspeicher** dazu bei, die fluktuierende Stromeinspeisung  
175 aus Wind und Sonne auszubalancieren. Mit Pumpspeicherkraftwerken werden in Zukunft  
176 mit den heute noch nicht wirtschaftlichen Batteriespeichern und Erdgasspeichern  
177 verschiedene, auch kombinierbare Technologien zur Wahl stehen. Auf absehbare Zeit wird  
178 der Netzausbau aber die deutlich kostengünstigere Alternative bleiben. Trotzdem wollen wir  
179 nicht nur die Energiespeicher-Forschung intensivieren, sondern erste Programme zur  
180 Markteinführung und Förderung innovativer Speicherprojekte auflegen. Nur so kann  
181 sichergestellt werden, dass nach 2020, wenn zunehmend Speicherkapazitäten benötigt  
182 werden, tragfähige und bezahlbare technische Lösungen bereit stehen. Dazu gehört, die  
183 enormen Speicherpotenziale in Skandinavien, im Alpenraum und anderen Nachbarländern  
184 auch für in Deutschland erzeugten Strom zu erschließen und entsprechende  
185 Leitungskapazitäten zu realisieren.

186 Für die fossilen Kraftwerke bringt die Energiewende einen dramatischen Rollenwandel.  
187 Jahrzehntlang haben sie die Stromversorgung dominiert. Doch mit dem Wachstum von  
188 Wind- und Sonnenstrom konzentriert sich die Rolle des fossilen Kraftwerksparks immer  
189 mehr auf die einer **Reservekapazität** für wind- und sonnenarme Zeiten. Das Backup-System  
190 muss sich an Kriterien der Flexibilität, Klimaverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit messen  
191 lassen. Das spricht z. B. für Gaskraftwerke, die von den fossilen Energieträgern die geringsten  
192 CO<sub>2</sub>-Emissionen und die größte Flexibilität aufweisen, und besonders für hocheffiziente  
193 gasbetriebene Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Deshalb wollen wir die Kraft-Wärme-  
194 Kopplung und insbesondere kleine, dezentrale und intelligent vernetzte Mini-KWK-Anlagen

195 besser fördern, mit einem Ziel von 25% KWK-Strom 2020. CO<sub>2</sub>-intensive und unflexible  
196 Kohlekraftwerke sollten hingegen immer weniger zum Einsatz kommen.

197 Doch der Strommarkt sorgt gegenwärtig für das gegenteilige Ergebnis – einen Verlagerung  
198 von Gas zu Kohle, die effiziente Gaskraftwerke stillstehen lässt, während klimaschädliche  
199 Kohlekraftwerke weiterlaufen. Flexibilität und Klimaschutz rechnen sich aktuell am Markt  
200 nicht. Um diese Fehlsteuerung zu beenden, wollen wir den angesprochenen europäischen  
201 Emissionshandel durch Anhebung des EU-Klimaziels auf 30%, Emissionsminderung bis 2020,  
202 eine Verknappung der CO<sub>2</sub>-Rechte und die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Mindestpreises stärken.  
203 Mit einem **Klimaschutzgesetz**, das 95% Emissionsminderung bis 2050 und sektorspezifische  
204 Ziele für die Energiewirtschaft vorgibt, wollen wir außerdem langfristige Planungssicherheit  
205 schaffen: Kohle hat keine Zukunft.

206 Mittelfristig werden zur Deckung von Lastspitzen auch zusätzliche **Kapazitäten** benötigt  
207 werden. Am gegenwärtigen Strommarkt lassen sich diese aber nicht refinanzieren. Im  
208 Gegenteil: Weil fossile Kraftwerke als Reserve der erneuerbaren Energien immer seltener am  
209 Netz sind, wird ihr Betrieb immer unrentabler. Deshalb wollen wir über ein neues System  
210 von Kapazitätsmärkten Anreize zur Schaffung der benötigten Kapazitäten setzen. Wir  
211 streben dabei einen fairen Wettbewerb unter dem Vorrang regelbarer erneuerbarer  
212 Energien, Gaskraftwerken, Speichern und Lastmanagementsystemen an. Wo  
213 Stromerzeugungskapazitäten absehbar fehlen, sollen diese regional ausgeschrieben und –  
214 unter Wahrung hoher Anforderungen an Effizienz, Klimaschutz, Flexibilität und Verfügbarkeit  
215 - an den preisgünstigsten Anbieter vergeben werden. Die grün-rote Landesregierung von  
216 Baden-Württemberg hat hierzu wichtige Vorarbeiten geleistet. Einige Fragen bleiben zu  
217 klären. Gerade deshalb ist es wichtig, das Problem energisch anzugehen, und die Hände  
218 nicht in den Schoß zu legen, wie es die Bundesregierung tut.

#### 219 **4. Mit Effizienz geht alles leichter**

220 In kaum einem anderen Bereich ist das Missverhältnis zwischen Worten und Taten in der  
221 Politik größer als beim Thema Energieeinsparung. Das gilt besonders für die amtierende  
222 Bundesregierung. Sie hat die Energieeffizienz zum Schlüssel der Energiewende erklärt, und  
223 dann die europäische Energieeffizienz-Richtlinie verwässert und ein inhaltsfreies  
224 Effizienzgesetz verabschiedet. Sie hat ein nationales Einsparziel von 20% Primärenergie bis  
225 2020 beschlossen und dann die Verabschiedung des gleichen Ziels in der EU hintertrieben.  
226 Und von den 70 Millionen € des mickrigen Energieeffizienzfonds der Bundesregierung  
227 wurden 2011 und 2012 gerade mal 4% tatsächlich eingesetzt.

228 Dabei sind Energieeinsparungen ein entscheidender Schlüssel für das Gelingen der  
229 Energiewende. Sie senken den Bedarf an erneuerbaren Energien-Anlagen,  
230 Kraftwerkskapazitäten, Netzen und Speichern, vermindern CO<sub>2</sub>-Emissionen, Energiekosten  
231 und die Importabhängigkeit unserer Volkswirtschaft. Und eine gesparte Kilowattstunde  
232 Energie ist meist auch die Günstigste.

233 Wir Grüne wollen endlich ernst machen mit Energiesparen und Energieeffizienz. Wir wollen  
234 einen 3 Mrd. €-**Energiesparfonds** einrichten, um Kommunen bei der energetischen  
235 Sanierung von Wohnquartieren mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte und der  
236 energetische Sanierung öffentlicher Gebäude zu helfen sowie Verbraucher und Unternehmen  
237 beim Stromsparen zu unterstützen. Wir wollen nach den Vorgaben der neuen EU-  
238 **Energieeffizienzrichtlinie** Energieversorger verpflichten, durch Effizienzmaßnahmen bei  
239 ihren Kundinnen Energie und Kosten einzusparen. So wollen wir einen neuen, dynamischen  
240 Markt für Energiedienstleistungen schaffen. Begleitend werden wir die Anforderungen der  
241 Energieeinsparverordnung für Neubau- und Bestandsgebäude anheben und, das  
242 Gebäudesanierungsprogramm der KfW deutlich aufstocken. Damit wollen wir die Rate der  
243 sanierten Gebäude von derzeit unter 1 % auf 3% im Jahr anheben.

244 Dabei wissen wir, dass sich Effizienzgewinne bei weitem nicht 1-zu-1 in niedrigerem  
245 Energieverbrauch niederschlagen. Ein vermehrter Energieverbrauch an anderer Stelle, der  
246 durch eingesparte Energiekosten erleichtert wird, frisst einen Teil der Energieeinsparung  
247 wieder auf. Doch dieser so genannte Rebound-Effekt muss der Politik ein Antrieb zu  
248 größeren Anstrengungen sein, kein Vorwand zum Nichtstun. Klar ist vor allem eins: Die  
249 Energiewende erfordert einen systematischen Ansatz, kein zersplittertes Klein-Klein.

## 250 **5. Bezahlbare Energie durch faire Preise**

251 Die Versorgung mit Energie muss für alle bezahlbar bleiben. Steigende Preise für fossile  
252 Brennstoffe treiben seit langer Zeit die Energiepreise in die Höhe. Ein Umstieg auf  
253 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz ist der einzige Weg, dies dauerhaft zu ändern. Die  
254 dafür erforderlichen Milliardeninvestitionen im Stromsektor werden sich vornehmlich über  
255 den Strommarkt, das heißt letztlich über die Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher,  
256 refinanzieren müssen. Deshalb wird auch die Energiewende zunächst mit spürbar höheren  
257 Strompreisen einhergehen. Mittel- und langfristig kommt der rasche Umstieg auf  
258 Erneuerbare aber wesentlich günstiger als eine anhaltende Abhängigkeit von endlichen  
259 fossilen Energieträgern Die Energiewende ist bezahlbar, wenn Kosten und Nutzen fair  
260 verteilt und Mitnahmeeffekte eingedämmt werden. Davon kann aktuell jedoch keine Rede  
261 sein.

262 Schwarz-Gelb befreit immer mehr Großunternehmen von der EEG-Umlage und den  
263 Netzentgelten und treibt so die Energiekosten für Privatkunden sowie kleine und mittlere  
264 Unternehmen in die Höhe. Die zunehmende soziale Schieflage untergräbt die bislang hohe  
265 Akzeptanz für die Energiewende. Dies gilt umso mehr, da Großunternehmen zusätzlich bei  
266 der Stromsteuer sowie durch die, auch wegen des wachsenden Ökostromangebots,  
267 sinkenden Stromhandelspreise profitieren. Wir wollen die Industrie-Privilegien bei der EEG-  
268 Umlage sowie den Netzentgelten zurückführen und den Kreis begünstigter Unternehmen  
269 wieder auf Härtefälle begrenzen. Außerdem sollen begünstigte Unternehmen mit 0,5 statt  
270 bisher 0,05 ct/kWh an der EEG-Umlage beteiligt werden. Ineffiziente Regelungen im EEG wie  
271 die Marktprämie wollen wir abschaffen und die Vergütungssätze für erneuerbare Energien

272 regelmäßig an die sinkenden Erzeugungskosten anpassen, um Überförderung zu vermeiden.  
273 Auf diese Weise können wir Privathaushalte und Mittelstand kurzfristig um 4 Mrd. € im Jahr  
274 oder rund 1 Cent/kWh Strom entlasten.

275 Unser Ziel sind faire Energiepreise: Preise, die die Wahrheit sagen über die wirtschaftlichen  
276 und ökologischen Kosten der Energieversorgung, aber nicht künstlich verteuert werden  
277 durch Preistreiberei oder Monopolgewinne. Dazu gehört, dass die strompreissenkenden  
278 Effekte der erneuerbaren Energien endlich auch an Privathaushalte weitergegeben werden  
279 müssen. Für faire Gaspreise braucht es mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt und eine  
280 weitere Lockerung der Ölpreisbindung.

281 Effizienz und Einsparung sind die beste Vorsorge, um die Energieversorgung dauerhaft für  
282 alle bezahlbar zu machen. Unsere grüne Energiesparpolitik verbindet daher Klimaschutz und  
283 Innovation mit dem Erreichen sozialer Ziele. Wir wollen gezielt einkommensschwache  
284 Haushalte dabei unterstützen, sich energiesparende Geräte anzuschaffen und als Mieter von  
285 energetisch sanierten Häusern zu profitieren. Mieten müssen bezahlbar bleiben, dazu sehen  
286 wir Mietrechtsänderungen vor. Die Mieterhöhung nach Modernisierung etwa senken wir  
287 von 11 auf 9 Prozent jährlich und begrenzen sie auf die Zukunftsaufgaben energetische  
288 Modernisierung und altersgerechten Umbau. Über verstärkte Fördermittel und Beratung  
289 hinaus wollen wir zusätzlich die Stromversorgungsunternehmen verpflichten, einen  
290 „Stromspar-Tarif“ anzubieten, der Stromsparen durch einen progressiven Tarifverlauf und  
291 entfallende Grundgebühr belohnt.

## 292 **6. Energieforschung neu ausrichten**

293 Nicht für alle Herausforderungen, die eine auf Wind- und Sonnenenergie basierende  
294 Energieversorgung stellt, gibt es heute schon gute Antworten. Umso wichtiger ist eine  
295 Neuausrichtung der Energieforschung. Doch davon ist bei der Bundesregierung wenig zu  
296 sehen: Mit nur 0,18% des Bruttoinlandsprodukts fallen die deutschen Ausgaben für die  
297 Energieforschung im internationalen Vergleich bescheiden aus. Und noch immer wird ein  
298 Großteil der Forschungsmittel in nicht zukunftsfähige Energiequellen investiert. Teure und  
299 nutzlose Projekte wie die Kernfusion verschlingen Gelder, die in anderen Bereichen  
300 sinnvoller verwendet werden könnten. Wir wollen uns daher aus der direkten staatlichen  
301 Förderung jeglicher Nuklearforschung, Kernspaltung und Kernfusion zurückziehen, die über  
302 Sicherheitsaspekte und Endlagerfragen hinausgeht. Die dadurch frei werdenden Mittel von  
303 über 500 Millionen Euro sollen vollständig in ein neu aufzulegendes nationales  
304 Energieforschungsprogramm umgelenkt und in grüne Energieforschung investiert werden.

## 305 **7. Energiewende europäisch denken**

306 Manche Aufgaben der Energiewende lassen sich am Besten europäisch lösen. Deshalb  
307 wollen wir z.B. Grenzkuppelstellen erweitern und das europäische Stromnetz ausbauen,  
308 gemeinsam mit den skandinavischen und Alpen-Ländern nachhaltige Speicherpotentiale für



309 ganz Europa erschließen, den europäischen Emissionshandel revitalisieren und in der EU  
310 ehrgeizige Ziele für erneuerbare Energien und Klimaschutz für die Zeit nach 2020 verankern.

311 Einer vollständigen Europäisierung der Energiewende stehen noch die grundlegenden  
312 Unterschiede der nationalen Energiekonzepte der Mitgliedsstaaten entgegen. Allen  
313 Versuchen über eine Veränderung der EU-Richtlinie über die erneuerbaren Energien die  
314 Abschaffung des EEG und die Einführung eines untauglichen Quotensystems durchzusetzen  
315 werden wir entschieden entgegenzutreten. Wir wollen an dem Ziel einer europäischen Union  
316 der erneuerbaren Energien weiterarbeiten und suchen dazu verstärkt die europäische  
317 Zusammenarbeit, insbesondere auch mit anderen Vorreiterländern. Außerdem wollen wir  
318 eine Anti-Atom-Allianz aus EU-Staaten, welche die Atomkraft nicht nutzen oder den Ausstieg  
319 aus der Nutzung der Atomenergie beschlossen haben, um einen europaweiten Atomausstieg  
320 voranzubringen.

## 321 **8. Das grüne Sofortprogramm für die Energiewende**

322

323 (1) Wir **verdoppeln den Anteil der erneuerbaren Energien** an der Strom- und  
324 Wärmeversorgung bis 2020. Statt den Ausbau der Erneuerbaren zu bremsen schaffen  
325 wir verlässliche Rahmenbedingungen durch die Weiterentwicklung des EEG und des  
326 Wärmegesetzes und eine bessere Bund-Länder-Koordination.

327 (2) Wir **gründen eine Bundesnetzgesellschaft**, damit der Bau von Hochleistungsstrassen  
328 und der Anschluss der Offshore-Windparks nicht an Problemen privater  
329 Netzgesellschaften scheitert. Durch eine an den erneuerbaren Energien orientierte,  
330 naturverträgliche Netzplanung, vermehrte Erdverkabelung und frühzeitige  
331 Bürgerbeteiligung schaffen wir Akzeptanz für den notwendigen Netzausbau.

332 (3) Wir **richten Kapazitätsmärkte ein**, um in einem Wettbewerb von regelbaren  
333 erneuerbaren Energien, Gaskraftwerken, Energiespeichern und Lastmanagement  
334 mittelfristig benötigte Reservekapazitäten sicherzustellen. Durch Verbesserungen im  
335 KWK-Gesetz steigern wir die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auf 25% im Jahr  
336 2020.

337 (4) Wir **erarbeiten ein neues Strommarktdesign**, das Klimaschutz, Flexibilität,  
338 Versorgungssicherheit belohnt. Für erneuerbare Energien eröffnen wir neue  
339 Vermarktungschancen außerhalb des EEG.

340 (5) Wir **starten eine Energiesparoffensive** mit einem 3 Mrd. €-Sparfonds für  
341 einkommensschwache Haushalte, Kommunen und kleine Unternehmen, Energiespar-  
342 verpflichtungen für Energieversorger und neuen Effizienzstandards für Kraftwerke.  
343 Wir passen das Mietrecht an die Zukunftsaufgaben an, damit Mieten und  
344 energetische Sanierungen bezahlbar bleiben.

345 (6) Wir **stärken den Klimaschutz**, indem wir eine internationale Allianz für den  
346 Klimaschutz schmieden, den europäischen Emissionshandel stabilisieren, die EU-

347 Klimaziele anheben und ein nationales Klimaschutzgesetz verabschieden, das  
348 langfristige Planungssicherheit für die Energiewende schafft.

349 (7) Wir **sorgen für faire Energiepreise** und eine gerechte Finanzierung der  
350 Energiewende. Durch die Rückführungen von Industrie-Privilegien auf Härtefälle  
351 entlasten wir Privathaushalte und Mittelstand um 4 Mrd. € im Jahr.

352 (8) Wir gestalten die Energiewende mit den Bürgern durch verbesserte  
353 Bürgerbeteiligung bei Netzausbau und Projektplanungen sowie durch Beteiligung der  
354 Bürger am Ausbau der Erneuerbaren Energien z.B. durch Genossenschaften.

355 (9) Wir **richten die Energieforschung neu aus** und stecken 500 Mio. € zusätzlich in die  
356 Erforschung von Speicher-, Netz- und erneuerbare Energien-Technologien.

357